BUREAU INTERNATIONAL DU TRAVAIL - BIBLIOTHÈQUE
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE - LIBRARY

Nummer 6 | Stuttgart, 11. Februar 1922 | 40. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark. Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Hummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Röteſtraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelzeile 5 Mark. Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Kreislauf in die Tiefe

Den Verübern des Versailler Machwerks werden viele Vorwürfe gemacht, insonderheit und allseitig der, daß sie unfähig seien, das selbstgeschaffene Wirrsal zu beseitigen; die weststaatlichen Regierungen hätten wohl Europa in lebensgefährliche Verwirrung gestürzt, aber es von dieser zu erlösen, dazu reiche weder ihr geistiges Vermögen noch ihre Willenskraft, obwohl es ihnen, den Herren der alten Welt, verhältnismäßig leicht und Weg oder Mittel der Rettung genugsam bekannt sei.

Das entbehrt gewiß nicht der Richtigkeit. Indes, da mit einzustimmen, sollte man von deutscher Seite fortan vorsichtiger sein. Denn der Vorwurf, den sie gegen die weststaatlichen Regierungen richtet, ist gegen die eigene kaum weniger angebracht. Für die Verwirrung in Deutschland, die allgemach die Grenze der Unerträglichkeit erreicht hat, sind alle die Regierungen, die sich seit dem Friedensschluß abgelöst haben, in hohem Maße mitverantwortlich zu machen. Auch ihnen fehlte und fehlt es offensichtlich an der Willenskraft und dem geistigen Vermögen, das mitverschuldete Unheil zu beheben. Wenigstens muß man zu dieser Meinung kommen, wenn man den Versuch betrachtet, den die Regierung und die für sie verantwortlichen Parteien letzthin gemacht haben, die Einnahmen und Ausgaben des Reichs in Einklang zu bringen, was man auf „deutsch" die Balancierung des Etats nennt.

Das Reich braucht im Jahre 1922 etwa 100 Milliarden, um den Fehlbetrag der Reichskasse und die laufenden inneren Ausgaben zu decken. Es braucht weitere 100 Milliarden, um die für dieses Jahr festgesetzte Summe der Wiedergutmachung zu begleichen. Das Reich hat die im Januar und Februar fälligen Raten nicht zahlen können. Mit der Milderung der Zahlungsbedingungen fordern die Gegner, daß das Reich, wenn es sich Zwangsmaßregeln ersparen wolle, seine Einnahmen auf die Höhe der Ausgaben zu bringen habe.

Schon gleich nach Kriegsschluß hätte es unbedingte Pflicht der Regierung sein müssen, für Einnahmequellen zu sorgen, die den Ausgaben entsprechen. Doch dazu scheint es bei ihr arg an Neigung und Entschlossenheit gefehlt zu haben. Statt unverzüglich das Unerläßliche selbst zu tun, wurstelte sie mit Notenpresse und Schuldenmachen weiter. So geriet man immer tiefer in das Finanzelend hinein und gab den Gegnern Anlaß, unter schwerer Drohung schleunigste Balancierung des Etats zu fordern. Was man, wenn es aus eigenem Antrieb beizeiten getan worden wäre, mit Muße und Vorbedacht hätte tun können, mußte nun, unter dem Zwang von außen, in Überstürzung versucht werden. Einmal mehr hat man sich das Gesetz des Handelns vorschreiben lassen. Daß diese Folge der amtlichen Nachlässigkeit das blanke Gegenteil des Ersprießlichen zeitigen wird, das läßt sich ohne jede Prophetengabe voraussagen.

Unter dem Druck von außen kam das „große Steuerkompromiß" im Reichstag zustande. Eine Mandel neuer Steuergesetze und eine Zwangsanleihe wurden geschaffen. Somit bleibt einem wenigstens, wenn die Güte diesen Steuergesetzen mangeln sollte, was nur zu wahrscheinlich ist, ihre Menge als Trost. Unter anderm wurde beschlossen ein Zuschlag von 200 Prozent zur Vermögenssteuer, weiter daß die Rate der Umsatzsteuer ausnahmslos 2 Prozent, die Kohlensteuer 40 Prozent, die Zuckersteuer 50 ℳ für den Doppelzentner betragen soll, wozu noch eine Erhöhung der Zölle auf Kaffee, Tee und Kakao kommt. Schließlich sollen die staatlichen Zuschüsse für Getreide und Kohle fast ganz wegfallen und die Fahr- und Beförderungssätze der Bahn (bis auf das 31fache bei Gütern) und die Gebühren der Post beträchtlich gesteigert werden.

Das andere Ergebnis des „großen Steuerkompromiß" ist die Zwangsanleihe von 1 Milliarde Goldmark. Nach dem heutigen Kurswert der Mark beträgt sie 48 bis 50 Milliarden Papier. Ob sie am Fälligkeitstage mehr oder weniger betragen wird, hängt davon ab, welchen Kursstand die Mark dann hat. Anleihepflichtig sind die Reichsnotopferpflichtigen, und zwar in derselben verhältnismäßigen Höhe des Betrags für das Reichsnotopfer. Die Zwangsanleihe ist die nächsten zwei Jahre zinsfrei. Sie soll das Opfer der Besitzenden darstellen. Um ihnen die Erfüllung der patriotischen Pflicht nicht zu sauer werden zu lassen, ist die Zahlung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers und die Nachkriegsgewinnsteuer von 2 bis 3 Milliarden erlassen worden. Da diese beiden Nachlässe auf 10 bis 12 Milliarden geschätzt werden, beträgt die Leistung der Besitzenden, die Zwangsanleihe bloß 38 bis 40 Milliarden Papiermark.

Die Zwangsanleihe soll nur zur Leistung der Wiedergutmachung verwendet werden. Für diese sind nach der in London getroffenen Abmachung dieses Jahr etwas über 2 Milliarden Gold zu leisten. Demnach ist dieser Betrag bloß zur Hälfte mit dem Ertrag der Anleihe zu decken. Die andere Hälfte muß in der Hauptsache durch Kredite im Ausland aufzubringen versucht werden. Das heißt mit Schuldenmachen und Notenpresse.

Mit den Erträgnissen der neuen Steuern zusammen mit den der früheren hofft man, den Etat balancieren zu können. Daß dies tatsächlich nicht unmöglich sei, läßt der Vergleich der Ausgabensummen mit den angenommenen Ertragssummen der Steuern annehmen. Das aber nur dann, wenn der Blick auf dem amtlichen Papier haften bleibt und nicht etwa in die harte Wirklichkeit schweift. Geschieht dies, wird man schnell gewahr, daß die Rechnung keine Lösung der Finanznot ist, sondern die Fortsetzung des Kreislaufs in die Tiefe.

Um dies handgreiflich zu machen, braucht es wahrlich der Sätze nicht viele: Einstellung der Staatszuschüsse für Brot heißt Ausgabenverminderung von über 20 Milliarden im Jahr; Verdopplung der Kohlensteuer, Erhöhung der Steuern auf Umsatz, Kaffee, Bier usw., Verteuerung der Bahn- und Postpreise heißt eine weitere Vermehrung der Reichseinnahmen um Dutzende von Milliarden. Ist das nicht einfach und klar? Soweit rechnet unsere Amtsweisheit tatsächlich nicht übel. Die Übelkeit beginnt aber sofort bei der Frage: Wer leidet unter diesen Ersparnissen und Verteuerungen? Wer hat die Steuern in der Hauptsache aufzubringen? Letzten Endes die arbeitenden Volksschichten.

Der Wegfall der Staatszuschüsse verteuert den Brotlaib von 7 auf 12,25 ℳ, die neuen Steuern und Preiserhöhungen bei Bahn und Post münzen sich aus in eine Verteuerung aller Nähr- und Bedarfsmittel der breiten Volksmasse und die Teuerungswelle wird nach aller Erfahrung lange vor dem Geltungstag der Steuern usw. einsetzen.

Nun ist aber das Arbeitervolk schon längst ans Hungertuch gebracht, vermag ihr Einkommen schon längst nicht mehr mit der Teuerung Schritt zu halten. So kann die Wirkung des Steuerkompromisses nur zweies sein: entweder noch schlimmere Verelendung, was auf die Verminderung der Produktionsmenge hinausläuft, oder aber ein landweiter Kampf um Lohnaufbesserung, was Störung der Warenerzeugung und noch weitere Verteuerung heißt. Das für die Allgemeinheit der nationalen Wirtschaft. Im besonderen werden die staatlichen Arbeiter und Beamten an ihren Arbeitgeber, das Reich, mit Lohnforderungen herantreten, die sicherlich nicht geringer sein dürften als der Betrag, den es durch Beseitigung der Zuschüsse und die Steuer- und Bahnpreiserhöhung glaubt zu erhalten. Die auf dem Steuerpapier errechnete Mehreinnahme und noch einiges darüber ist, bevor sie eingegangen, schon durch die Mehrausgaben aufgezehrt. Nicht nur das. Lohnerhöhung und Preissteigerung heischen mehr Zahlungsmittel, eine noch größere Menge Papiergeld, was schnelleren Lauf der Notenpresse, weitere Geldentwertung heißt. Und diese bringt einen neuen Kreislauf der Teuerung und Lohnforderung in Gang. Nach kurzer Zeit stehen wir wieder vor der alten bangen Frage: Was nun? Und eine Antwort hierauf wird dann noch unendlich schwerer als heute zu finden sein.

Zur Verschlimmerung der Lage dünkt uns unter solchen Umständen auch die Zwangsanleihe geeignet. Wie immer ihre Entrichtung vor sich geht, sie wird, da sie in Papier oder Wertpapieren zu zahlen ist, eine Vermehrung der Notenmenge und dadurch eine Geldentwertung herbeiführen. Indes liegt ihr Schlimmstes auf anderm Gebiet. Ein guter Teil der Anleihepflichtigen, die Sachwertbesitzer, die Agrarier, Industriellen und Kaufleute, uneigennützige Patrioten, die sie allzumal sind, werden den Verlust, den die Anleihe für sie bedeuten mag, durch Preiszuschlag auf ihre Erzeugnisse einzubringen trachten. Die Folge wird auch hier weitere Teuerung und größere Geldentwertung sein.

Man mag die Rechnung des Steuerkompromisses drehen und wenden wie man will, immer kommt man zu dem Schluß, daß sie falsch ist. Sie stellt wohl die Ersparnisse und Steuererträge auf, spricht aber nicht von dem Ausfall, den Ersparnisse und Steuern totsicher verursachen. Noch ehe die errechneten Einnahmen, wenn überhaupt, sich zeigen, sind sie durch größere Verluste für Lohnerhöhungen und Wirtschaftsstörungen wettgemacht. Ein noch größerer Fehlbetrag wird dem Finanzminister entgegengrinsen, die Notenpresse zu noch mehr Überstunden verurteilt sein, die Sieger aufs neue die Balancierung des Etats fordern, nein, sie werden sie gleich selbst in die Hand nehmen. So kann das „große Steuerkompromiß" der große, steile Kreislauf in jene Tiefe sein, wo die Türkei und Ägypten seufzen.

Das proletarische Klassenbewußtsein

Der Mensch unterscheidet sich vom Tiere, außer in anderer Beziehung, auch dadurch, daß er ein Bewußtsein hat, daß er sich seines Daseins bewußt ist. Der werdende Mensch fühlt sich allmählich als Einzelwesen, das sich von seiner Umwelt unterscheidet, er gewinnt eine Vorstellung von seiner Stellung in der Welt, er wird im Laufe der Entwicklung zu einer Persönlichkeit, die sich der Rechte und Pflichten sowie ihrer Verantwortung gegen sich selbst und andere bewußt ist. Dieses Hervortreten und Stärkerwerden des persönlichen Bewußtseins können wir an der Entwicklung vom Kinde zum reifen Menschen deutlich beobachten. Während das neugeborene Kind noch ein Pflanzenleben führt und sich seiner Umgebung kaum bewußt ist, hebt sich der reife Mensch deutlich von seiner Umwelt ab und steht in seiner Eigenart als Individuum da, das sich seiner Bedeutung voll bewußt ist. Dieses **individuelle Bewußtsein** wird durch innere und äußere Lebensbedingungen beeinflußt. Die Veranlagung des Menschen, sein Charakter, sein Wissen und Können, seine geistige Umwelt, übt auf sein Bewußtsein einen starken Einfluß aus. Auch die äußeren Umstände, in denen er lebt, seine Stellung in der Gesellschaft und im Staat, sein Vermögen und seine wirtschaftliche Macht prägen sich sichtbar in seinem Bewußtsein und in seinem Auftreten aus. Man braucht nur das Auftreten eines hochstehenden, einflußreichen Mannes mit dem eines verelendeten, geistig rückständigen Proletariers zu vergleichen, um diesen Unterschied deutlich zu erkennen. Es ist also eine unbestreitbare Tatsache, daß der geistige und seelische Inhalt und zugleich die wirtschaftliche und soziale Umwelt das Bewußtsein eines Menschen bestimmt und daß eine Veränderung der Lebensbedingungen auch eine Veränderung des Bewußtseins nach sich zieht.

Wie mit dem persönlichen Bewußtsein des Einzelnen, so verhält es sich auch mit dem **sozialen Bewußtsein**, das sich in einer Vielheit von Menschen entwickelt und ihr das Gepräge gibt. Jede Menschengruppe hat ein ganz bestimmtes soziales Bewußtsein, sie fühlt sich als etwas besonderes, gleichsam als eine soziale Persönlichkeit, die sich von anderen Gruppen wesentlich unterscheidet, die gewissermaßen ein Eigenleben führt. Man denke nur an das Stammes- oder Volksbewußtsein, das die Angehörigen eines Stammes oder eines Volkes wirtschaftlich und seelisch aneinanderkettet, das sie zu einer Einheit zusammenschweißt, man denke auch an das Standes- oder Klassenbewußtsein, das den Angehörigen eines Standes oder einer Klasse den Stempel aufdrückt. Auch dieses soziale Bewußtsein bildet sich erst allmählich in einer Gruppe, die nicht mehr vegetiert und in dumpfer Unbewußtheit dahinlebt, es wird beeinflußt durch den geistigen Hoch- oder Tiefstand sowie durch die äußere Lage, in der sich die Gruppe befindet. Eine Menschengruppe, die wirtschaftlich stark ist, erzeugt in ihren Angehörigen ein stark ausgeprägtes soziales Bewußtsein, verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage, so verliert das soziale Bewußtsein an Stärke. So hatten die Bauern und die Handwerker des Mittelalters infolge ihrer guten wirtschaftlichen Lage ein hochentwickeltes, soziales Bewußtsein, das sich in ihrem Auftreten und Benehmen deutlich bemerkbar machte; als ihre wirtschaftlichen Verhältnisse immer schlechter wurden, schwand das Bewußtsein ihrer Macht und ihrer Bedeutung; sie machten den Eindruck einer armen, gedrückten Volksschicht. Diese Veränderung des sozialen Bewußtseins der verschiedenen Gruppen unter dem Einfluß der veränderten wirtschaftlichen, geistigen und rechtlichen Verhältnisse ist eine der interessantesten Erscheinungen in der Menschheitsgeschichte.

In einer ursprünglichen Menschenhorde gab es wohl Unterschiede natürlicher Art, in bezug auf Geschlecht, Alter und Veranlagung, aber es gab noch keine Unterschiede wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialer Art. Es herrschte das Gemeineigentum an allem, was zur Herstellung von Gebrauchsgegenständen diente; jeder Einzelne, der seine Arbeit pflichtgemäß verrichtete, hatte Anspruch auf seinen Lebensunterhalt, eine Ausbeutung des einen Menschen durch den andern war unmöglich, da niemand die wirtschaftliche Übermacht besaß, auch hatten alle das gleiche Recht, weil niemand imstande war, seinen Nebenmenschen zu unterdrücken und zu entrechten. Endlich hatte auch jeder Einzelne das Anrecht auf soziale Gleichwertung, da noch keine soziale Gliederung bestand, die den einen Menschen veranlaßte, auf die andern mit Mißachtung oder gar Verachtung herabzublicken. In einer solchen Menschengemeinschaft mußte sich natürlich das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, der **Solidarismus**, entwickeln. In der Tat sehen wir, daß die Menschen, die demselben Boden entstammten (solidum heißt der Boden), innerlich und äußerlich miteinander zu einer Einheit verbunden waren, daß sie wie Pech und Schwefel zusammenhielten. Noch heute können wir diesen Tatsolidarismus in niedrigstehenden Völkerstämmen deutlich beobachten. Überbleibsel davon finden wir auch in den Landsmannschaften, das heißt in den Vereinigungen von Leuten die aus ein und derselben Gegend stammen.

Im Laufe der Entwicklung wurde die ursprüngliche Menschengemeinschaft auseinandergerissen und in verschiedene Teile gespalten. Es bildeten sich **Klassengegensätze** in ein und derselben Gruppe, in ein und demselben Volke. Diese Gegensätze waren zunächst wirtschaftlicher Art. Sie zeigten sich in den Unterschieden der materiellen Lebensbedingungen, in bezug auf Nahrung, Wohnung und Kleidung, in bezug auf Arbeit und Arbeitseinkommen, in bezug auf Eigentum und Besitz. Sie schieden die Menschen in Arme und Reiche, in Besitzende und Besitzlose, in Herren und Sklaven. Dieser wirtschaftliche Gegensatz zog auch einen sozialen Gegensatz nach sich. Die Besitzenden, die nicht mehr zu arbeiten brauchten, sondern von dem Ertrag fremder Arbeit ein angenehmes

Dasein führten, verachteten die Arbeit und betrachteten die Menschen, die arbeiten mußten, als minderwertige Menschen; sie dünkten sich turmhoch erhaben über den Pöbel, über das gemeine Volk. So entstand der Unterschied zwischen Vornehm und Gering, zwischen Herren und Knechten. Drittens zeigte sich dieser Gegensatz in rechtlicher Beziehung. Die Unterschichten werden rechtlos gemacht und von dem Mitbestimmungsrecht in öffentlichen Angelegenheiten ausgeschlossen; sie galten als Menschen minderen Rechts, sie bildeten die entrechtete Masse, während die Herren auf ihre Vorrechte, auf ihre Herrenrechte pochten. Endlich trat dieser Gegensatz auch in kultureller Beziehung zutage. Die Oberschichten versperrten den Unterschichten den Zugang zu den Bildungsmöglichkeiten und erhielten sie in geistiger Rückständigkeit. Sie schlossen sie aus von Wissenschaft und Bildung, von Kunst und Kultur, sie drückten sie herab auf die Stufe sprechender Arbeitstiere, sie erweiterten planmäßig die Kluft zwischen Gebildeten und Ungebildeten. So zog sich denn ein klaffender Zwiespalt durch ein Volk, der die Volksgenossen äußerlich zerriß und innerlich entfremdete.

Diese **Klassengegensätze**, die den Besitzenden und Herrschenden als eine Selbstverständlichkeit und Naturnotwendigkeit erschienen, wurden von den Unterschichten als ein Unrecht empfunden. Die Massen fühlten ihre Ausbeutung, Entrechtung und Unterdrückung immer deutlicher, und allmählich entwickelte sich das Klassengefühl zu einem **Klassenbewußtsein**. Sie gewannen die Überzeugung, daß sie einer ausgebeuteten, verachteten, entrechteten und zurückgesetzten Klasse angehörten, ihr materielles und geistiges Elend kam ihnen immer mehr zum Bewußtsein.

Schon im Altertum finden wir zahlreiche Äußerungen eines proletarischen Klassenbewußtseins. Man lese nur die scharfen Ausdrücke, die die jüdischen Propheten gegen die Reichen und Vornehmen gebrauchen, die sie als Blutsauger und Unterdrücker bezeichnen; man lese nur die Schriften der griechischen Sozialphilosophen und Dichter, die den Gegensatz zwischen bergeshohem Reichtum und abgrundtiefer Armut in den krassesten Farben schildern; man lese die Schriften der Kirchenväter, die die Klassengesellschaft ihrer Zeit als ein Werk des Teufels brandmarken. Auch in der Gegenwart macht sich das proletarische Klassenbewußtsein Luft in den sozialen Dichtungen, in Reden und Schriften, in den Betrieben und den Versammlungen, überall dort, wo Proletarier beisammen sind. Unter der Oberfläche grollt es wie ein fernes Gewitter, und wenn sich die Gelegenheit bietet, bricht es wie Feuerflammen hervor. Ausbrüche des Klassenbewußtseins können wir tagtäglich unzähligemal beobachten; unsere ganze Agitationsarbeit ist auf die Weckung des Klassenbewußtseins eingestellt.

Weil das proletarische Klassenbewußtsein die stärkste Triebkraft im Befreiungskampfe des Proletariats ist, insofern es den auf eine Beseitigung der Klassengesellschaft gerichteten Klassenwillen in Bewegung setzt, ergibt sich für uns die wichtige Aufgabe, in den Massen das Bewußtsein ihrer Lage zu stärken, sie zu klassenbewußten Proletariern zu erziehen. Nur jener Proletarier hat Wert für den Befreiungskampf, der ein klassenbewußter Proletarier ist, das heißt, der nicht nur das dumpfe, instinktive Gefühl, sondern die felsenfeste Überzeugung hat, daß er einer ausgebeuteten, unterdrückten, entrechteten Klasse angehört, und der aus dieser Erkenntnis heraus den unbeugsamen Willen schöpft, andere Zustände herbeizuführen. Dieses Klassenbewußtsein in die Massen hineinzubringen, dazu ist eine dauernde Aufklärung, Erziehung und Schulung nötig, die von den proletarischen Organisationen geleistet werden muß.

Der Begriff Proletariat ist ja nicht nur wirtschaftlich zu fassen, er ist auch soziologischer Natur. Wirtschaftlich betrachtet sind alle jene Menschen Proletarier, die ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten verkaufen müssen, weil sie keine Produktionsmittel besitzen, soziologisch betrachtet aber nur die, die sich ihrer Stellung als Proletarier bewußt sind und die hieraus die entsprechenden Folgerungen ziehen. Will das Proletariat seine geschichtliche Aufgabe erfüllen, so darf es nicht mehr eine verelendete Masse bleiben, die sich von Instinkten und Gefühlen leiten läßt, es muß zu einer denkenden, in sich selbst verbundenen Einheit werden, die aus der klaren Einsicht in die Verhältnisse heraus ihre Kampftaktik bestimmt. **Nur ein klassenbewußtes Proletariat vermag den Sieg an seine Fahne zu heften.**

Beilegung der Bewegung in der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes

Im Oktober 1921 wurde in der Metall- und in der Uhrenindustrie ein neues Kollektivabkommen abgeschlossen. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 gaben die Metallindustriellen Württembergs eine Teuerungszulage. Die Uhrenindustriellen lehnten ab, eine solche zu gewähren, „da sich die im neugeschaffenen Kollektivabkommen festgelegten Lohnsätze und Akkordbestimmungen noch nicht ausgewirkt hätten". Sie willigten aber doch später in Verhandlungen ein. Diese zerschlugen sich wegen dem geringen Angebot der Unternehmer. Beide Parteien wurden sich einig, den Schlichtungsausschuß in Rottweil anzurufen. Dieser fällte am 19. Dezember 1921 — nachdem ein Vergleichsvorschlag von den Uhrenindustriellen abgelehnt worden war — einen Schiedsspruch. Auch diesen lehnten die Unternehmer ab. Das württembergische Arbeitsministerium, bei dem die Verbindlicherklärung des Schiedsspruches beantragt war, suchte zu vermitteln, aber auch diese Vermittlungsversuche scheiterten. Aus formalen Gründen mußte die Verbindlicherklärung beim Reichsarbeitsminister beantragt werden.

Um die Sache nicht zu verschleppen, kündigte die Arbeiterschaft des Schwarzwaldes auf den nächsten zulässigen Termin. Erneute Verhandlungen während der Kündigungszeit, die durch das württembergische Arbeitsministerium eingeleitet wurden, blieben ebenfalls erfolglos und es kam zum Streik. Etwa 20 bis 25 Firmen mit 2500 Arbeitern — Nichtverbandsfirmen — hatten den Rottweiler Schiedsspruch anerkannt. Nach Ablauf der Kündigung traten nun am 12., 13. und 14. Januar die Uhrenarbeiter geschlossen in den Streik. Rund 20 000 Arbeiter kamen in Frage. Das hatten die Arbeitgeber nicht erwartet. Die erneut durch das württembergische Arbeitsministerium eingeleiteten Verhandlungen waren außerordentlich schwierig. Es gelang aber doch, eine Verständigung herbeizuführen und die Arbeitgeber Schritt für Schritt, sowohl nach der materiellen Richtung hin wie nach der Frage der Wiedereinstellung zurückzudrängen.

Die Einigungsbedingungen von Donaueschingen lauten:

1. Die Arbeit wird im Laufe der nächsten Woche, sobald es die Betriebsverhältnisse gestatten, wieder aufgenommen. Die wiedereingestellten Arbeiter treten in sämtliche Rechte, die ihnen auf Grund des Tarif- oder Arbeitsvertrages vor der Kündigung zugestanden haben, wieder ein.

2. Sofern einzelne Arbeiter auf Grund ihres persönlichen Verhaltens in der Zeit seit 19. Dezember 1921 (Datum des Rottweiler Schiedsspruches) von den betreffenden Arbeitgebern nicht wieder eingestellt werden, ist ihnen dies sofort bei der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit schriftlich mitzuteilen. Diese Arbeiter haben das Recht, ein Schiedsgericht anzurufen. Das Schiedsgericht wird gebildet aus je drei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, die von den auf jeder Seite beteiligten Organisationen ernannt werden. Der unparteiische Vorsitzende des Schiedsgerichts wird durch die sechs Mitglieder des Schiedsgerichts bestellt. Einigen sich diese nicht mit Stimmenmehrheit auf eine bestimmte Person, so bestellt das württembergische Arbeitsministerium den Vorsitzenden. Über die Frage der Wiedereinstellung der unter Ziffer 2 erwähnten Arbeiter entscheidet das Schiedsgericht endgültig. Es ist in jedem Streitfall bis spätestens 1. Februar 1922 anzurufen.

Über die Lohnregelung verständigte man sich dahin, daß bis zum Tage der Kündigung der Vorschlag der Arbeitgeber gelte: Akkordarbeiter im 23. Jahre und darüber 15 v. H., im 22. Jahre und darunter 12½ v. H. Teuerungszulagen auf ihren tatsächlichen Verdienst.

Für die Stundenlöhner: Spitzenzulagen von 1,50 *M* für gelernte Arbeiter, 1,30 *M* für Hilfsarbeiter und Angelernte, 90 *Pf* für Arbeiterinnen.

Vom Beginn der der Wiederaufnahme der Arbeit nächstfolgenden Lohnzahlungsperiode, spätestens ab 30. Januar 1922, erhalten: Akkordarbeiter im 23. Jahre und darüber 18 v. H., im 22. Jahre und darunter 15 v. H. Teuerungszulage auf ihren tatsächlichen Verdienst.

Für die Lohnarbeiter gelten folgende Spitzensätze: 1,80, 1,60 und 1 *M*. Die Hausstandszulage beträgt in allen Fällen 40 *Pf* die Stunde. Weiter wurde noch vereinbart:

„Die Arbeitgeber sind bereit, zu rechter Zeit mit den Arbeitnehmerorganisationen in weitere Verhandlungen darüber einzutreten, wie die ab 15. Februar 1922 eintretende Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch weitere Lohnerhöhung auszugleichen sei; sie sind ferner bereit, in den Kreis dieser weiteren Verhandlungen die Frage der Einrechnung der prozentualen Teuerungszulagen in die Akkordsätze einzubeziehen."

Damit waren die wichtigsten Streitpunkte beseitigt und soweit man in materieller Beziehung nicht einig wurde, war dies eines längeren Kampfes nicht mehr wert.

In einer Funktionärkonferenz am 21. Januar wurden mit 14 600 gegen 2200 Stimmen die Bedingungen angenommen; 6 Vertreter mit 1200 Stimmen enthielten sich der Abstimmung.

An dem Kampf war beteiligt der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit 11 500, der Christliche Metallarbeiterverband mit 2750, der Gewerkverein deutscher Metallarbeiter mit 800, der Deutsche Holzarbeiterverband mit 2250, der Christliche Holzarbeiterverband mit 570, der Gewerkverein deutscher Holzarbeiter mit 200 Mitgliedern.

Bei der Wiederaufnahme der Arbeit suchten nun die Arbeitgeber, wie fast in allen derartigen Fällen, von ihrer Position noch zu retten, was sie glaubten, retten zu können. Trotz ihres wiederholt gegebenen Versprechens, niemanden maßregeln zu wollen, sollten Dutzende unserer Kollegen nicht wieder eingestellt werden. Dieser Versuch ist den Unternehmern mißglückt. Bei all den Firmen, wo Arbeitgeber offensichtlich gegen die Ziffer 2 der Einigungsbedingungen verstießen, lehnten unsere Kollegen die Wiederaufnahme der Arbeit einmütig ab, worauf sich die Herren rasch eines besseren besinnen konnten. Alle diejenigen, die gemaßregelt werden sollten, konnten auf einmal wieder eingestellt werden. 7 bis 9 Kollegen auf dem ganzen Schwarzwald blieben vorerst zurück, ihre Angelegenheit wird durch ein Schiedsgericht untersucht. Allem Anschein nach kann heute schon versichert werden, daß die Arbeitgeber wohl kaum in der Lage sind, „Beweismaterial" für ihre Weigerung der Wiedereinstellung beizubringen.

Die Arbeitgeber wollten eine Machtprobe. Die haben sie gehabt. Sie mußten einsehen, daß die Zeiten von 1907 vorüber sind. Die Arbeiterschaft des Schwarzwaldes aber mag aus dem Kampfe eine Lehre ziehen. So einig, wie sie diesmal war, muß sie immer sein. Die letzten Unorganisierten müssen der Organisation noch zugeführt werden. Wenn die Arbeitgeber wissen, daß ihnen eine einige und geschlossene Organisation gegenübersteht, dann dürfte es sie nach einer zweiten Machtprobe schwerlich gelüsten.

D. M. V., 9. Bezirk.

Zur Taktik unserer Lohnbewegungen

Wer im verflossenen Jahre dazu berufen war, Lohnbewegungen zu führen, der wird gleich mir beobachtet haben, daß man zunächst bei der Aufstellung der Forderungen schon häufig Meinungsverschiedenheiten hatte mit den Mitgliedern. Meist rührten diese Verschiedenheiten daher, daß von den Fordernden verlangt wurde, mindestens das Doppelte von dem zu verlangen, was man zu erreichen gedachte, getreu dem gewiß ganz schönen bulgarischen Spruch:

Einen Bruchteil deiner Wünsche
wird man höchstens dir gewähren.
Willst du einen Baum erlangen,
mußt du einen Wald begehren.

Ich bekenne mich hier offen als einen Gegner dieses Grundsatzes und ich weiß, daß mir viele Verhandlungsführer, aber auch viele Mitglieder zustimmen werden. Denn es ist nicht mehr so wie im Frühjahr 1919, wo die Unternehmer vielfach überrascht und überrumpelt werden konnten. In den letzten zwei Jahren hat sich auf beiden Seiten eine gewisse Verhandlungstechnik herausgebildet und man verfährt nach einem bestimmten System. Allgemach ist es bei Verhandlungen zur Anerkennung der Reichsstatistiken gekommen.

Bei den letzten Bewegungen des Jahres 1921 gingen die Arbeitgeberverbände dazu über, nur noch soviel an Lohnerhöhungen zu bewilligen, als die Preissteigerung nach der Reichsindexziffer betrug. Und manche Verhandlungsteilnehmer, die den Auftrag bekommen hatten, um keinen Preis „auch nur einen Pfennig" unter die aufgestellte Forderung herunterzugehen, mußten sich nachher einen niedrigeren Satz im Schiedsspruch gefallen lassen und ihn ihren Kollegen zur Annahme empfehlen.

Die verantwortlichen Funktionäre des Verbandes müssen ihren ganzen Einfluß aufbieten, um ihren Kollegen klarzumachen, daß man auch bei Lohnforderungen Realpolitiker sein muß, wenn man sich nicht von vornherein in eine schiefe Stellung bringen will. Jede Forderung muß sich stützen auf die tatsächlich eingetretene Teuerung. Und dann muß sie mit allem Nachdruck auch vertreten werden. Was um so leichter ist, je mehr man sich von den phantastischen Zahlen nicht beeinflussen läßt, die manchmal in Versammlungen laut werden. Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort zu den „Sonderbündlern".

Damit meine ich diejenigen, die bei der Aufstellung von Forderungen für ihre Berufsgruppe immer 50 *Pf* oder 1 *M* mehr haben wollen als die übrigen Arbeitskollegen. Bis sich dann alle Berufsgruppen gemeldet haben, ist die gesamte Forderung auf das Doppelte der ursprünglichen Summe emporgeschraubt. Das sind ungesunde Verhältnisse, die mit aller Entschiedenheit bekämpft werden müssen. Gewiß muß man bei allen Lohnbewegungen versuchen, vorhandene Härten oder Ungerechtigkeiten auszugleichen. Im allgemeinen aber soll man sich nicht zuviel auf Sonderforderungen einlassen und nur darauf acht haben, daß unsere gewerkschaftlichen Grundsätze in bezug auf die Solidarität der Gelernten mit den An- und Ungelernten etwas mehr berücksichtigt werden. Es scheint nämlich, als wolle sich bei uns ein gewisser Berufsdünkel breitmachen.

Im Hinblick auf die im Anzug befindliche neue Teuerungswelle, die sich auf die Forderungen der Entente stützt, wonach die Reichszuschüsse zur Verbilligung der Kohle und des Brotes beseitigt werden sollen, möchte ich die Aufmerksamkeit des Vorstandes und auch des A.D.G.B. auf folgendes hingelenkt haben: Verteuerungen solcher Art sollten doch endlich einmal zu einer zentralen Regelung führen, damit wir nicht, wie im vorigen Jahre, unsere Kräfte in zahlreichen örtlichen Kämpfen und Verhandlungen aufzehren müssen. Voraussichtlich werden jetzt die Preise allgemein und gleichmäßig erhöht werden. Sollte es da die hinter dem A.D.G.B. stehende Achtmillionenmacht nicht fertig bringen, für die alle gleichmäßig treffende Preissteigerung eine entsprechende alle gleichmäßig treffende Lohnerhöhung zu erwirken?

Man weiß freilich, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft im vorigen Jahre auch zu der Brotverteuerung Stellung nahm und die dort vertretenen Spitzenverbände der Arbeitgeber ihre Mitglieder „angewiesen" haben, einen angemessenen Ausgleich zu schaffen. Man weiß aber auch, wie sehr sich diese Mitglieder der Arbeitgeberverbände in den einzelnen Orten dagegen sträubten, eine „angemessene" Lohnerhöhung zu bewilligen.

Worauf es mir mit diesen Zeilen besonders ankommt, sei nochmals kurz zusammengefaßt: Unsere heutigen Lohnbewegungen entspringen in den meisten Fällen nicht rein örtlichen Bedürfnissen, sondern haben allgemeine, sich über das ganze Reich erstreckende Ursachen. Daher muß auch mit der bisherigen Taktik gebrochen werden, die die Kräfte der Organisation unnötig zersplittert, den örtlichen Verwaltungen weder Zeit noch Kraft und Mittel übrig läßt für den so dringend notwendigen inneren Aufbau der Organisation und die Schulung der Mitglieder in der richtigen Weise zu betreiben. Es dünkt einem daher ratsam, daß der Vorstand unseres Verbandes mit dem Vorstand des A.D.G.B. in Verbindung tritt, um die entsprechenden Schritte in der angegebenen Richtung zu tun.

L. Seyler.

Die innere Kaufkraft der deutschen Mark

In den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik" schreibt Dr. Moritz Elsaß über die Methoden, wie die innere Kaufkraft des Geldes im Vergleich zu der äußeren festzustellen sei. Bezüglich der Kaufkraft des deutschen Arbeitslohnes im Juli v. J. im Vergleich zum englischen kommt er zu folgenden Ergebnissen: „Der deutsche Arbeiter konnte mit dem gleichen Geld, womit er die deutsche Lebenshaltung bestreiten kann, in Pfund umgewechselt, in England nur 37 Prozent dessen kaufen, was er in Deutschland dafür kauft. Dagegen konnte der englische Arbeiter mit seinem Lohn 2,7 mal den in Deutschland üblichen Lebensunterhalt bestreiten. Das bedeutet: er kann mit einem englischen Jahreslohn zwei Jahre und acht Monate in Deutschland leben. Seine Schlußfolgerung lautet folgendermaßen: „Die deutschen Löhne haben einen außergewöhnlich niedrigen Stand im Vergleich zu anderen Industrieländern und es entsteht die Frage, ob die Lohnhöhe, das will sagen der Lebensstandard der ausländischen Arbeiterklasse, sich dem niedrigen Lebensstandard des deutschen Arbeiters nähern wird, oder ob umgekehrt die Tendenz der Angleichung der deutschen Löhne und Lebenshaltung an die der ausländischen Industrieländer stattfindet." In der seit Juli verflossenen Zeit hat sich ergeben, daß von den beiden bezeichneten Wegen der erste beschritten wurde; die Anpassung erfolgte durch die Senkung des Reallohnes im Ausland und nicht durch dessen Erhöhung in Deutschland.

Ausführung der Patentzeichnung

Das Reichspatentamt hat neue Bestimmungen über die Anmeldung von Erfindungen getroffen, die an die Stelle der Bestimmungen vom 22. November 1898 getreten sind. Es wird darin vorgeschrieben, was das Gesuch enthalten muß, daß es in zwei Ausfertigungen einzureichen ist, daß Maße, Gewichte sowie elektrische Einheiten nach den gesetzlichen Vorschriften, Temperatur nach Celsius angegeben werden müssen. Bei chemischen Formeln sind die in Deutschland üblichen chemischen Formeln der Elemente, deren Atomgewichte und Molekularformeln anzuwenden. Die Aufnahme bildlicher Darstellungen in die Beschreibung ist unzulässig. § 4 der Bestimmungen gibt über die zur Veranschaulichung erforderlichen Zeichnungen, die regelmäßig in zwei Ausfertigungen einzureichen sind, folgende Vorschriften: Für die Druckzeichnung (das ist diejenige, die später in der gedruckten Patentschrift wiedergegeben wird) ist weißes, starkes und glattes Zeichenpapier zu verwenden. Das Blatt dieser Druckzeichnung soll der üblichen Papiergröße, zurzeit 33 cm hoch und 21 cm breit, entsprechen. Die Aktenzeichnung (das ist die bei den Akten verbleibende) darf von beliebiger Breite sein, doch darf das Höhenmaß das der üblichen Papiergröße, zurzeit 33 cm, nicht überschreiten. Für die Druck- wie für die Aktenzeichnung ist die Verwendung mehrerer Blätter zulässig. Die Druckzeichnung muß sich zur Verkleinerung im Lichtdruckverfahren eignen. Die Darstellung und Schriftzeichen sind in tiefschwarzen, kräftigen, scharf begrenzten und unverwischbaren Linien nach den Regeln des technischen Zeichnens auszuführen. Auf der Druckzeichnung sind Querschnitte entweder tiefschwarz anzulegen oder durch Schrägstriche in tiefschwarzen Linien zum Ausdruck zu bringen. Ist ausnahmsweise, zum Beispiel zur Darstellung unebener Flächen, eine Schattengebung erforderlich, so darf sie ebenfalls nur in tiefschwarzen Linien ausgeführt werden. Die Anwendung bunter Farben ist bei der Druckzeichnung unzulässig. Die Druckzeichnung darf weder gefaltet noch gerollt werden, sondern ist in glattem Zustande vorzulegen. Als Aktenzeichnung ist die auf Zeichenleinwand gefertigte Durchzeichnung der Druckzeichnung einzureichen. Zulässig sind statt dieser auch auf gewöhnlicher Leinwand gefertigte oder aufgezogene Pausen, aber keine Lichtpausen. Die einzelnen Darstellungen müssen durch einen angemessenen Zwischenraum voneinander getrennt sein. Sie sind nach ihrer Stellung fortlaufend und ohne Rücksicht auf die Anzahl der Blätter mit Zahlen zu versehen.

Für die einzelnen Teile der Darstellungen sind Bezugszeichen nur soweit zu verwenden, als ein Hinweis auf die Darstellung des betreffenden Teiles in der Beschreibung zum Verständnis der Erfindung erforderlich ist. Dieselben Teile müssen in allen Darstellungen gleiche Bezugszeichen erhalten, die mit den Bezugszeichen der Beschreibung genau übereinstimmen müssen. Für verschiedene Teile dürfen die gleichen Bezugszeichen nicht verwendet werden, auch wenn die Darstellungen auf verschiedenen Blättern stehen. Erläuterungen sind in die Zeichnung nicht aufzunehmen, ausgenommen sind kurze Angaben, wie „Wasser", „Dampf", „Schnitt nach A—B" sowie Aufschriften, die auf den dargestellten Gegenständen angebracht werden sollen, z. B. „offen", „zu". Alle Angaben müssen in deutscher Sprache erfolgen; in der rechten unteren Ecke jedes Blattes ist der Name jedes Anmelders anzugeben. Druckzeichnungen, die sich bei der Herstellung der Patente als mangelhaft erweisen, sind auf Erfordern durch fehlerfreie Zeichnungen zu ersetzen. Aus Anlaß des Krieges sind bezüglich der Zeichnungen folgende Erleichterungen zugelassen worden, die bis auf weiteres in Kraft bleiben: Für die Aktenzeichnungen ist die Verwendung von Leinwand nicht erforderlich, vielmehr ist eine Zeichnung auf starkem Pauspapier (Glaspapier) oder ein Lichtbild in schwarzen Linien auf weißem Grunde oder in weißen Linien auf braunem Grunde ausreichend. Als Druckzeichnung genügt bis zum Beschluß über die Bekanntmachung der Anmeldung ein zweites Stück der Aktenzeichnung. Die Druckzeichnung ist nur dann vorzulegen, wenn das Reichspatentamt es fordert.

Handelt es sich um einen Gegenstand einfacherer Art, so genügt für die Aktenzeichnung zunächst eine ohne Einhaltung der Regeln des technischen Zeichnens gefertigte Darstellung (Handskizze). Zur Herstellung der Druckzeichnung kann außer Pausleinen, Zeichen- und Ölpapier auch gutes weißes Schreibpapier benutzt werden. Zu diesen Bestimmungen über die Erfordernisse von Patentzeichnungen sind vom Patentamt Erläuterungen bekanntgegeben, die nicht Vorschriften darstellen, die zur Vermeidung der Zurückweisung der Anmeldung befolgt werden müssen, sondern nur Ratschläge, deren Befolgung im eigenen Interesse der Beteiligten liegt. Danach sind auf den Aktenzeichnungen in der Regel die Darstellungen und Bezeichnungen so zu stellen, daß für den Beschauer die 33 cm-Kante aufrecht steht. Am linken und rechten Rande ist ein mindestens 3 cm breiter Raum frei zu lassen. Bei Zusatzanmeldungen werden für Teile, die bereits in den älteren Patenten sich vorfinden, die dort für diese Teile gewählten Bezugszeichen beizubehalten sein. Für die Bezugszeichen sind die kleinen lateinischen Buchstaben (a, b, c) in einfacher, leicht lesbarer Schrift zu verwenden. Zu Bezeichnungen von Schnittlinien dienen die großen lateinischen Buchstaben. Winkel sind mit kleinen griechischen Buchstaben zu bezeichnen. Die Beifügung von Strichen, Häkchen oder Ziffern zu den Bezugszeichen ist zu vermeiden. Nur wenn innerhalb derselben Darstellung ein Teil in mehreren Stellungen gezeichnet wird, ist unter Beibehaltung desselben Zeichens für alle Stellungen die Unterscheidung durch oben rechts angebrachte Striche oder Ziffern herbeizuführen. Ist unmittelbar bei den dargestellten Teilen kein genügender Raum für die Bezugszeichen vorhanden, so sind die Teile mit den möglichst nahe zu setzenden Zeichen durch geschwungene Linien zu verbinden. Bewegungseinrichtungen sind durch Pfeile anzudeuten, falls dadurch das Verständnis erleichtert wird. Projektions- und Mittellinien sind in der Regel wegzulassen.

WELTSCHAU

Allgemeine Aussperrung in Dänemark?

Die dänischen Unternehmer haben, wie bekannt, während des Krieges große Aufträge für den Heeresbedarf der Entente ausgeführt und dabei natürlich glänzende Geschäfte gemacht. Wohl oder übel mußten sie sich während dieser Zeit dazu verstehen, auch den Arbeitern höhere Löhne zu gewähren. Es kam in einigen Berufen so weit, daß die Löhne der Arbeiter mehr stiegen als die Preise der Lebensmittel, so daß es den betreffenden Arbeitern gelang, ihre Lebenslage etwas zu heben. Die Unternehmer erlitten dadurch keinen Schaden, denn sie machten es gerade so wie die deutschen Unternehmer, indem sie auf ihre Heereslieferungen die Mehrausgaben für die Löhne — und wohl noch etwas mehr — draufschlugen. Diese glänzenden Geschäfte sind seit einigen Jahren zu Ende. Ferner gehört Dänemark, wie ebenfalls bekannt, zu den Ländern mit hoher Valuta, deren Industrieerzeugnisse von denen der Länder mit niedriger Valuta auf dem Weltmarkte unterboten werden. Die Folge ist eine große Arbeitslosigkeit in Dänemark. Nun wollen die Unternehmer ihre Profite auf Kosten der Arbeiter machen. Dabei soll der geringe Rückgang der Kosten für die notwendigsten Lebensbedürfnisse, der in den skandinavischen Ländern eingetreten ist, als Vorwand für große Lohnkürzungen dienen. Dann sollen sie den Achtstundentag abschaffen.

Da die bisher mit den Gewerkschaften gepflogenen Verhandlungen nicht zu dem von den Unternehmern gewünschten Erfolge führten, holen sie jetzt zu einem großen Schlage aus. Der Arbeitgeberverein, die Spitzenorganisation der dänischen Unternehmer, sandte am 18. Januar dem Dänischen Gewerkschaftsbund einen längeren Brief, worin er die von den Unternehmern gestellte Forderung nach Lohnkürzungen, die größer seien als der Preisrückgang, damit zu rechtfertigen sucht, daß die Arbeiter während des Krieges ja auch Lohnerhöhungen erzwungen hätten, die über die Erhöhung der Lebenskosten hinausgingen. Wenn die Arbeiter mehr verdienen wollten, so hätten sie ja den Ausweg, ihre Einnahmen durch Verlängerung der Arbeitszeit zu erhöhen. In der ganzen Welt gehe die Entwicklung dahin, vom achtstündigen Arbeitstag loszukommen; in Dänemark hätten die Arbeiter bis jetzt von einer Verlängerung der Arbeitszeit jedoch noch nichts hören wollen. (Das wagte der Unternehmerverband den dänischen Arbeitern zu bieten, obgleich um die Mitte des Januars im kleinen Dänemark nicht weniger als über 85 000 Arbeitslose vorhanden waren!) An diese Ausführungen schließt sich die Drohung, daß die Mitglieder des Unternehmerverbandes, soweit die Verträge am 31. Dezember oder am 31. Januar ablaufen, eine Aussperrung in noch genauer festzusetzendem Umfange vornehmen werden, soweit nicht inzwischen eine „zufriedenstellende Ordnung der betreffenden Vertragsverhältnisse" erreicht werde.

Diese rücksichtslose Drohung hat bei der dänischen Arbeiterschaft selbstverständlich eine große Erregung verursacht. Ein Berichterstatter von Kopenhagens großem Blatt Social-Demokraten veröffentlichte am 22. Januar einen Bericht über eine Unterredung, die er mit unserm bekannten Kollegen J. A. Hansen, dem Vorsitzenden des Dänischen Schmiede- und Maschinenbauerverbandes, hatte. Kollege Hansen bemerkte, daß die Arbeiter durchaus nicht halsstarrig jede Lohnherabsetzung ablehnen; sie wollen sie sich nur nicht in dem hohen Maße gefallen lassen, wie die Unternehmer sie ihnen zumuten. Die Unternehmer wollten das ganze Lohnsystem durcheinanderbringen. Sie behaupten, daß auch nach der geforderten Lohnherabsetzung die Löhne noch immer eine Höhe hätten, die um 30 v. H. über den durch die Teuerung nötig gewordenen Stand hinausreichen. Gewiß bezöge ein Teil der Kollegen einen guten Lohn. Das seien jedoch ganz besonders geschickte Berufsarbeiter, deren Tätigkeit für den Arbeitsgang besonders wichtig sei. Im übrigen seien die Löhne nicht höher als in England, den Niederlanden und Schweden. Ja, die schwedischen Unternehmer beklagten sich darüber, daß sie, wenn sie den Valutaunterschied in Betracht zögen, ihren Arbeitern mehr zahlen müßten, als man in Dänemark zahle.

Auf die Frage, wie der Schmiede- und Maschinenbauerverband sich zu der Sache stelle, antwortete Kollege Hansen, daß der Verband sich keineswegs weigere, die Löhne entsprechend dem Preisrückgange sinken zu lassen, und er sei dementsprechend auch den Forderungen der einzelnen Unternehmer entgegengekommen, um dadurch zu ermöglichen, daß die Aufträge im Inlande ausgeführt werden können. Das Mitbestimmungsrecht wollten sie sich jedoch nicht schmälern lassen und wenn die Unternehmer versuchen, Löhne und Preise zu diktieren, so müsse die Organisation sich mit ihrer ganzen Stärke dagegen wenden. Nach kurzem Schweigen fügte Kollege Hansen mit fester Stimme hinzu: „Auf jeden Fall müssen sie diese Organisation erst zerbrechen. Solange sie nicht zu Boden geschlagen ist — und das darf ich doch wohl als ein nicht geringes Vorhaben bezeichnen —, so lange werden ihre Diktatorpläne nicht durchgeführt werden." Zu den 9000 Kollegen, die schon arbeitslos sind, würden durch die Aussperrung noch 7- bis 8000 hinzukommen. Es seien 35 v. H. der Kollegen arbeitslos und dies beweise schon allein die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände.

Nachdem Kollege Hansen noch an, die Unfähigkeit der Regierung und des Unternehmertums, die Arbeitslosigkeit zu mildern, hingewiesen und den Wahnsinn hervorgehoben hatte, bei einer großen Arbeitslosigkeit eine Verlängerung der Arbeitszeit anzustreben, betonte er die Notwendigkeit der Einigkeit unter der Arbeiterschaft, um solchen reaktionären Bestrebungen entgegentreten zu können.

Anderseits setzen die dänischen Scharfmacher ihre Tätigkeit fort. Am 25. Januar veröffentlichte Ritzaus Büro ein zweites langes Schreiben vom Unternehmerverband an den Gewerkschaftsbund, schon bevor dieser den Brief selber erhalten hatte. Unter peinlicher Beobachtung aller Höflichkeitsvorschriften und allerlei heuchlerischen Betrachtungen darüber, daß eine Gesundung des Wirtschaftswesens nicht schmerzlos vor sich gehen könne, daß es nicht möglich sei, für die Arbeiter eine Ausnahme zu machen usw., kündigt der Unternehmerverband an, daß am 3. Februar nach Arbeitsschluß die Mitglieder des Unternehmerverbandes sämtliche Gewerkschaftsmitglieder aussperren sollen. Die Aussperrung soll sich nicht nur auf die Gewerkschaftsmitglieder erstrecken, deren Verbände dem Gewerkschaftsbunde (De samvirkende Fagforbund) angeschlossen sind, sondern auch auf die kleinen Berufs- und örtlichen Organisationen, die außerhalb des Bundes stehen. Dabei hauen die Nordschleswiger Unternehmer, seit der noch vor nicht zwei Jahren erfolgten Abtretung Nordschleswigs an Dänemark, tapfer in dieselbe Kerbe wie ihre reichsdänischen Klassengenossen.

Der dänischen Arbeiterschaft steht also wiederum ein schwerer Kampf bevor. Es ist nicht das erste Mal, daß ihre Gewerkschaften einen solchen Kampf um Sein oder Nichtsein führen, und sie stehen unter kampferprobter Leitung. Unserer besten Wünsche für einen günstigen Ausgang des Kampfes und jeder möglichen Hilfe dürfen sie gewiß sein.

Vorläufige Lohnregelung in Schweden

Der Unternehmerverband schrieb dem Stockholmer Rohrlegerfachverein, daß er erst im Januar in Verhandlungen eintreten könne und schlug vor, bis zum 1. Februar die Stundenlöhne um 40 Öre herabzusetzen. Bei Akkordarbeiten, die schon vor Ende des vorigen Jahres vergeben worden sind, sollten die alten Akkordpreise weitergelten, bei neuen Akkorden jedoch eine neue Preisfestsetzung mit rückwirkender Kraft bis zum Jahresanfang vorgenommen werden. Der Rohrlegerfachverein nahm den Vorschlag an. Eine ähnliche Regelung wurde auch in Gotenburg getroffen.

Bei den Elektrikern kam es ebenfalls zu keiner Einigung mit den Unternehmern, worauf diese eigenmächtig mit Lohnherabsetzungen vorgingen. Infolgedessen traten die Elektriker am 2. Januar in den Streik bei sämtlichen Firmen in Stockholm, Malmö und Karlstad. In Stockholm streiken 400 und in Malmö 170 Kollegen. Die Unternehmer wollen in Stockholm den Stundenlohn von 1,60 auf 1 Krone (einschließlich Teuerungszulage) herabsetzen und in den übrigen, in drei Gruppen in ähnlicher Weise entsprechend den Kosten für die Lebensbedürfnisse. Qu.

Von der eisernen Internationale

Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes war vom 28. bis 30. Januar in Wien beisammen. Fünfzehn Länder waren vertreten, Deutschland durch die Kollegen Dißmann und Reichel. Neben der Festsetzung der Bundesbeiträge wurde die Erhebung in der Waffenerzeugung, die Lohnstatistik und Lebensmittelpreise und die Stellung zum Gewerkschaftskongreß in Rom behandelt.

Aus dem vom Sekretär Ilg erstatteten Bericht ist hervorzuheben, daß von den über zwanzig in Amerika bestehenden Metallarbeiterorganisationen nur die der Maschinenbauer dem Bund angeschlossen ist und alle Versuche, die andern Organisationen zum Anschluß zu bewegen, sind bisher erfolglos geblieben. Zurzeit sei es gänzlich ausgeschlossen, die amerikanischen Metallarbeiter für den Internationalen Bund zu gewinnen, weil eine schwere Reaktion auf der amerikanischen Arbeiterschaft laste und Lohnkürzungen an der Tagesordnung seien. Was die übrigen Länder anbelange, so sei ja bekannt, daß die Metallarbeiter Rußlands der Moskauer Internationale angehören und aus diesem Grunde nicht in den Bund aufgenommen werden können. An dieser Stellungnahme sei entschieden festzuhalten. Die Metallarbeiterorganisationen in Bulgarien und Rumänien gehören dem Bund nicht an. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die eiserne Internationale durchaus gefestigt dasteht und die Hoffnung ist berechtigt, daß sie ohne Schaden die bestehenden Schwierigkeiten überwindet.

Bei der Aussprache tritt hervor, daß alle Länder mit hoher Valuta schlechten Geschäftsgang und große Arbeitslosigkeit aufweisen, während Länder mit niedriger Valuta, wie Deutschland, zurzeit noch gut beschäftigt sind. Aber auch hier seien die Unternehmer trotz weiterem Steigen der Kosten der Lebenshaltung nur unter stärkstem Druck zur Gewährung weiterer Lohnzulagen zu bewegen. Unrichtig ist die von den Unternehmern des Auslandes aufgestellte Behauptung, daß in Deutschland der Achtstundentag nicht mehr bestehe. Die deutschen Arbeiter seien fest entschlossen, diese Errungenschaft, und nicht nur diese, mit aller Kraft zu verteidigen.

Hansen (Dänemark) berichtet ausführlich über die bevorstehende landweite Abwehrbewegung in Dänemark. Vom Unternehmerverband sind für 100 000 Arbeiter die Verträge zum 1. Februar gekündigt worden. Die Unternehmer fordern eine Lohnreduktion von 15 v. H. sowie eine Änderung der Indexziffer, welch letzteres einer weiteren Lohnreduktion von 15 v. H. gleichkommt. Auch in Schweden ist eine Lohnreduktion von 50 v. H. angekündigt. Die Arbeitslosigkeit beträgt für Dänemark 30, für Schweden und Norwegen je 25 v. H.

Besonders trübe und wahrscheinlich von katastrophalen Folgen begleitet ist, wie ein Wiener Vertreter berichtet, die Lage in Österreich. Zwar sei hier die Arbeitslosigkeit gering, aber infolge der ständigen Entwertung des Geldes rücke der Zeitpunkt in beängstigende Nähe, wo keine Rohstoffe, namentlich Kohle, mehr eingeführt werden könnten, und dann sei der Zusammenbruch unvermeidlich. Angeregt wird, eine Entschließung zu fassen, die zur Konferenz in Genua Stellung nimmt. Nachdem die wirtschaftliche Lage in allen Ländern gleich ungünstig sei und man sich durch die noch bestehende gute Geschäftslage in Deutschland, die bei weiterer Entwertung der Mark zu ähnlichen Verhältnissen wie in Österreich führen wird, nicht täuschen lassen dürfe, sei aller Anlaß für die Gewerkschaften gegeben, ihren ganzen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen der einzelnen Länder auf der Konferenz in Genua geltend zu machen.

Die Konferenz beschließt, den dänischen und schwedischen Kameraden für ihre bevorstehenden Abwehrkämpfe nachdrückliche moralische und finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen. Zur Hebung der überaus schweren wirtschaftlichen und finanziellen Lage Österreichs richtet die Konferenz „im Interesse der europäischen Wirtschaft und Kultur an die Regierungen der alliierten Länder das Ersuchen, die schon so oft in Aussicht gestellten und längst fälligen Kredite nunmehr flüssig zu machen, damit die Arbeiterschaft Österreichs vor großer Arbeitslosigkeit und Europa vor einer Katastrophe bewahrt wird." Bezüglich der Konferenz in Genua erklärt das Zentralkomitee, „daß es wünschenswert sei, daß die Gewerkschaftsinternationale auf der Konferenz von Genua vertreten ist, und es fordert den Vollzugsausschuß der Amsterdamer Internationale auf, die Frage zu prüfen, in welcher Form die Vertretung organisiert werden kann, um die wirtschaftlichen Interessen des internationalen Proletariats zu verteidigen." An die amerikanischen Metallarbeiter soll ein Aufruf gerichtet und sie erneut zum Anschluß aufgefordert werden.

Der Beitrag an das internationale Sekretariat ist nach dem Statut auf der Grundlage des Stundenlohnes eines qualifizierten Arbeiters für 8 Arbeitsstunden zu berechnen. Er beträgt für Deutschland 80 M auf 1000 Mitglieder, für Amerika 3 Dollar, Belgien, Frankreich und Luxemburg 24 Franken, Dänemark, Schweden und Norwegen 16 Kronen, England 15 Schilling, Holland 6 Gulden, Italien 28 Lire, Jugoslawien 80 Dinar, Tschechoslowakei 48 tschechische Kronen, Österreich 4000 Kronen, Polen 3000 Kronen, Schweiz 16 Frank, Ungarn 316 ungarische Kronen.

Zu Punkt 2 wird beschlossen, die bereits begonnene Erhebung über die Fabrikation von Kriegswaffen und Kriegsgeräten trotz einzelner dagegen geäußerten Bedenken fortzusetzen und zu Ende zu führen sowie die vom Kongreß in Luzern beschlossene Aufnahme einer Statistik über die Löhne und Lebensmittelpreise vorzunehmen und hierüber halbjährlich an das Sekretariat in Bern zu berichten.

Schließlich legt Sekretär Ilg eine Entschließung vor, die als Antrag an den kommenden internationalen Gewerkschaftskongreß in Rom eingereicht werden soll. Nach dieser Entschließung soll zur „Verhinderung von Kriegen zum Mittel der allgemeinen Arbeitseinstellung gegriffen und die Kontrolle über die Fabrikation von Waffen aller Art für Militär und Zivilgebrauch streng durchgeführt werden." Zur Ausarbeitung der näheren Bestimmungen sieht die Entschließung die Einsetzung einer internationalen Kommission vor, die im gegebenen Fall über die Arbeitseinstellung entscheidet. Durch Urabstimmung ist die Entschließung nach ihrer Annahme durch den Kongreß in Rom für die Gewerkschaftsmitglieder für verbindlich zu erklären.

Über diese Entschließung entspinnt sich eine längere, recht lebhafte Aussprache. Einmütig wird der durch die Entschließung verfolgte Zweck gebilligt, jedoch auch Bedenken gegen die Durchführbarkeit vorgebracht. Bei der Abstimmung wird die Entschließung gegen die Stimmen der Vertreter der serbischen und der polnischen Organisation angenommen.

Damit waren die Arbeiten der Sitzung des Zentralkomitees erledigt. Der Präsident Domes (Wien) würdigt kurz die Arbeiten und schließt mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam, die sich als entschiedene Vertreterin des internationalen Proletariats erwiesen habe. G. R.

Sei nicht geizig; die Särge haben keine Taschen.

Knausere nicht, wenn es sich um die Organisation handelt, damit die Organisation nicht mit dir zu knausern braucht.

Unsere Arbeitslage

Die Berichterstattung für die Woche vom 21. bis 28. Januar kann noch als günstig bezeichnet werden, trotzdem einzelne Betriebe wegen Mangel an Aufträgen, Rohmaterial und hauptsächlich Kohlenmangel gezwungen waren, einzelne Tage in der Woche verkürzt arbeiten zu lassen.

Der Bericht erstreckt sich auf 729 Verwaltungen, von denen 28555 Betriebe mit 2094519 Arbeitern erfaßt sind. Vollbeschäftigt waren 28349 Betriebe mit 2077993 Arbeitern. Verkürzt arbeiteten 99 Betriebe mit 13818 Arbeitern; 107 Betriebe mit 2708 Arbeitern sind stillgelegt. Die Gestaltung der Arbeitslage ist folgenden Zahlen zu entnehmen:

	Berichtwoche		Vorwoche	
	Betriebe %	Arbeiter %	Betriebe %	Arbeiter %
Vollbeschäftigt	99,28	99,21	99,27	99,—
Stillgelegt	0,37	0,13	0,41	0,18
Kurzarbeiter	0,35	0,66	0,32	0,82

Die Zusammenstellung zeigt, daß sich die Kurzarbeiterziffer wesentlich vermindert hat, was besonders bei Düsseldorf zutrifft, wo die Zahl der Kurzarbeiter von 7000 Arbeitern auf 2150 zurückging.

Ohne Kurzarbeiter sind die Bezirke Bielefeld und Köln. Hamburg und Königsberg haben keine nennenswerte Anzahl von Kurzarbeitern.

Die Senkung der Kurzarbeiterziffer ist aus folgender Darstellung zu ersehen:

Woche vom 25. Dezember bis 7. Januar	10716	= 0,51%
„ „ 7. bis 14. Januar	10097	= 0,48%
„ „ 14. „ 21. „	17112	= 0,82%
„ „ 21. „ 28. „	13818	= 0,66%

Über Zeitlänge und Ausdehnung der Kurzarbeit gibt die folgende Aufstellung Auskunft:

Stunden	Berichtwoche				Vorwoche			
	Betriebe absolut	%	Arbeiter absolut	%	Betriebe absolut	%	Arbeiter absolut	%
42 bis 45	14	14,2	1167	8,4	15	16,5	1367	8,0
36 „ 41	32	32,3	5088	36,8	33	36,3	5313	31,1
32 „ 35	21	21,2	4380	31,7	10	11,0	583	3,4
24 „ 31	23	23,2	3039	22,0	21	23,0	2605	15,2
unter 24	9	9,1	144	1,1	12	13,2	7244	42,3

Der beachtenswerte Rückgang der Kurzarbeiter kommt bei den unter 24 Stunden Beschäftigten zum Ausdruck, dagegen haben die von 32 bis 35 Stunden Beschäftigten sehr zugenommen.

Über Berlin ist diese Woche folgendes zu berichten: Vorhanden sind 3213 Betriebe mit 259978 Arbeitern. Nach Meldungen der dortigen Betriebsräte über Groß- und Mittelbetriebe ergibt sich:

Vollbeschäftigt sind . . .	703	Betriebe mit	153836	Arbeitern.
Verkürzt arbeiten . . .	21	„ „	6491	„
In der Vorwoche . . .	22	„ „	6542	„

Von 1596828 Mitgliedern waren 9799 arbeitslos, 8987 Kurzarbeiter, davon in Berlin arbeitslos 2532. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

	Mitglieder des Verbandes arbeitslos	Kurzarbeiter
Woche vom 25. Dezember bis 7. Januar	0,61 %	0,49 %
„ „ 7. bis 14. Januar	0,63 %	0,45 %
„ „ 14. „ 21. „	0,60 %	0,88 %
„ „ 21. „ 28. „	0,61 %	0,56 %

An Arbeitslosenunterstützung wurden in dieser Woche vom Verband 103000 M ausbezahlt.

Trostlosigkeit auf dem Wohnungsmarkt

Die Nachricht, daß wiederum mit einer neuen Steigerung der Mietpreise zu rechnen ist, hat eine begreifliche Sorge in allen denjenigen Kreisen hervorgerufen, die ohnehin trotz angestrengter Arbeit nicht mehr wissen, wie sie die notwendigsten Existenzmittel für sich und ihre Familie aufbringen sollen. Soweit die neuen Mietszuschläge zur Errichtung von Kleinwohnungen dienen sollen, kann man ihnen eine gewisse Berechtigung jedoch nicht abstreiten. Von Woche zu Woche nimmt in Deutschland das Heer der Wohnungsuchenden erheblich zu, während die Vermehrung des Wohnraums sich nur in sehr engen Grenzen hält. Man führt die allgemeine Mißstimmung über die Wohnungszwangswirtschaft gewöhnlich darauf zurück, daß die Wohnungsämter auch nicht die Mittel haben, neue Wohnräume zu schaffen, und daß es deshalb gar nicht in ihrer Macht liegt, die gewiß berechtigten Ansprüche der Wohnungsuchenden zu befriedigen. Man darf aber nicht übersehen, daß noch Zustände bestehen, die sehr wohl abzustellen wären. Es fehlt häufig nur an der nötigen Energie und der richtigen Organisation. In den besseren Wohnvierteln der Großstädte lassen sich Haus für Haus Fälle nachweisen, wo Einzelpersonen im Besitz sehr großer Wohnungen sind und es verstanden haben, ihren überflüssigen Wohnraum durch Machenschaften einer Beschlagnahme zu entziehen. Anzeigen beim Wohnungsamt, seien sie auch noch so gut begründet und durch Beweismaterial belegt, sind in der Regel fruchtlos, weil die mit den Ermittlungen beauftragten Beamten nicht selten mit dem in Frage kommenden Wohnungsinhaber auf bestem Fuße stehen. Die immer wieder versuchte Beschwichtigung der öffentlichen Meinung in diesem Punkte bleibt doch nur eine Mohrenwäsche.

Tatsache ist, daß Tausende und aber Tausende von Kriegsteilnehmern, die in den Jahren von 1914 bis 1918 ihre Wohnungen aufgeben mußten, sich heute mit ihren Familien in möblierten Zimmern oder ungesunden Löchern herumdrücken müssen, während ebenso viele Tausende zahlungsfähiger Leute in riesengroßen Wohnungen sitzen, von denen sich mit Leichtigkeit einige Zimmer abtrennen ließen. Während man in der Vorkriegszeit häufig mit Recht den Hausbesitzern den Vorwurf einer wucherischen Ausbeutung der Mieter machen mußte, übersteigt heute der Wucher mit möblierten Wohnungen alles Dagewesene. Der beste Beweis dafür, daß auf diesem Gebiete gute Geschäfte gemacht werden, ist das Vorhandensein zahlreicher gut rentierender privater Vermittlungsbüros, für die doch bei richtigem Funktionieren der Wohnungsämter gar keine Daseinsberechtigung gegeben wäre. In den westlichen Vororten Berlins werden für zwei bis drei möblierte Zimmer mit Küchenbenutzung unter der Hand Mietpreise von 2000 M und darüber den Monat gezahlt. Wo bleiben hier die Wohnungsämter und die Steuerbehörden?

Die gemeinnützigen Heim- und Siedlungsgesellschaften, deren Unkosten in ganz Deutschland alljährlich Hunderte von Millionen betragen, leisten gegenwärtig so gut wie gar nichts, weil die aus öffentlichen Mitteln bewilligten Bauzuschüsse im Augenblick ihrer Verfügbarkeit in gar keinem angemessenen Verhältnis mehr stehen zu den tatsächlichen Unkosten der Neubauten. Auf die Zahl der Eheschließungen haben die traurigen Verhältnisse am Wohnungsmarkt bisher noch keinen nennenswerten Einfluß gehabt, wohl aber zeigt sich ihre Wirkung immer mehr in der Einschränkung der Geburten. Die jetzigen Zustände sind ein schwerer Krebsschaden, unter dem die Volkswohlfahrt von Monat zu Monat immer mehr leidet. Korruption und Schieberei blühen auf diesem Gebiete nach wie vor. Die ehemaligen Kriegsteilnehmer müssen, wenn sie überhaupt eine menschenwürdige Unterkunft finden wollen, Mietpreise zahlen, die das Sechs- bis Achtfache der Friedensmiete ausmachen. Die Hoffnung, daß im kommenden Frühjahr eine nennenswerte Belebung des Kleinwohnungsbaus durch die Gewährung staatlicher Zuschüsse eintreten könnte, muß man wohl begraben. Ehe die durch Wohnungssteuern und Mietzuschläge aufzubringenden Gelder wirklich an die richtigen Stellen kommen, werden Monate und vielleicht Jahre vergehen und der größte Teil derselben wird für die Unterhaltung eines umständlichen Beamtenapparates aufgebraucht sein.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 12. Februar ist der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. Februar 1922 fällig.

•

Bewerbung

zum Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

Am 1. Mai 1922 beginnt der zweite Lehrgang an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

A. D. G. B. und Afabund treten für eine weitere Beschickung der Akademie der Arbeit durch Mitglieder der freien Organisationen ein, deren Entsendung **auf Kosten der einzelnen Gewerkschaften** erfolgt. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes stimmte dieser Entschließung zu und beschloß, etwa 10 Verbandsmitglieder zur Akademie der Arbeit zu entsenden.

Für die Teilnehmer kommen zwei Semester von je 4 Monaten in Betracht. Zwischen dem ersten und zweiten Semester liegt eine Pause von etwa 4 Wochen, die dazu dienen soll, daß die Kollegen nach fleißigem „Büffeln" des ersten Semesters einmal ausspannen. Sie sollen dann, nachdem sie sich daheim bei den Kollegen über die Organisationsarbeit usw. etwas „orientiert" haben, in diesen 4 Wochen ihre Ferien nehmen, um dann physisch und geistig gekräftigt ans zweite Schulsemester heranzutreten.

Das erste Semester beginnt am 1. Mai dieses Jahres, das zweite Semester schließt zum 15. Februar 1923 ab. Die Kosten für die vom Verband zu entsendenden Hörer trägt die Hauptkasse, und zwar

1. als **Aufenthaltskosten** für den Teilnehmer in Frankfurt a. M. in Höhe von monatlich 1200 Mk.,
2. als **freiwillige Zuwendung an die Familie verheirateter Teilnehmer** 80 Prozent des Verdienstes resp. Gehalts.

Außerdem erhält jeder Teilnehmer zu jedem Semester für Hin- und Rückfahrt vom Wohnort nach Frankfurt a. M. resp. umgekehrt das **Fahrgeld** 3. Klasse, ferner aus besonderem Fonds ein **Büchergeld** von insgesamt 600 Mk.

Für die von uns auf die Arbeiter-Akademie zu entsendenden Hörer kommt in erster Linie die Erwerbung ökonomischer Kenntnisse, Wirtschaftslehre usw. in Betracht. Diese auf der Arbeiter-Akademie erworbenen Kenntnisse sollen die dorthin entsandten Kollegen nachher unserer Gesamtorganisation dienstbar machen.

Als Bewerber können nur Kollegen in Frage kommen, die bereits eine bestimmte Schulung hinter sich haben, ein gutes Auffassungsvermögen mitbringen (das heißt geistig begabt sind), eine gewisse Reife besitzen, Erfahrungen gesammelt, in der Arbeiterbewegung erprobt und neben ihrer engeren organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit ein gewisses Allgemeinwissen erworben haben.

Kollegen, die sich bewerben wollen, haben dieses schriftlich bei der **Bezirksleitung** ihres Bezirkes einzureichen, und zwar bis zum **28. Februar ds. Js.** Bei der Bewerbung sind mitzuteilen die bisherige Tätigkeit innerhalb der modernen Arbeiterbewegung, Schulbildung und Grad des nach der Schulentlassung erworbenen allgemeinen Wissens, Alter, Familienstand (ob ledig oder verheiratet) und eventuelle **weitere zweckdienliche Angaben.** Die erweiterte Bezirkskommission prüft die Bewerbungen und macht dem Vorstand unter Einsendung sämtlicher Bewerbungen zweckdienliche Vorschläge.

Der Vorstand trifft die endgültige Entscheidung über die an die Arbeiter-Akademie zu entsendenden Kollegen.

•

Bewerbung für die Bildungskurse!

Für die nächsten Monate sind Bildungskurse vorgesehen für die Bezirke **Halle, Hannover** und **Stettin.** Der Kursus im Bezirk **Halle** wird etwa am 6. April beginnen, ihm folgt der Bezirk **Hannover** am 30. April und der Bezirk **Stettin** am 18. Mai. Den Mitgliedern der Bezirke **Halle, Hannover** und **Stettin** wird hiermit anheimgegeben, eine

Bewerbung zur Teilnahme am Kurse

einzureichen. Die Bewerbung muß enthalten einen selbstgeschriebenen kurzen Lebenslauf, Angaben über Schulbildung und -inwieweit der Bewerber bisher Bildungsmöglichkeiten benutzte (Besuch von Kursen, Studium volkswirtschaftlicher Literatur u. a.); ferner Angaben über die seitherige Tätigkeit des Bewerbers in der Arbeiterbewegung. **Die Bewerbung ist abzugeben bei der zuständigen Ortsverwaltung.** Die Abgabe der Bewerbung muß bis **spätestens 28. Februar** erfolgen. Die Ortsverwaltung prüft die Bewerbungen und schickt sämtliche mit einem Gutachten an die Bezirksleitung ein. Die erweiterte Bezirkskommission trifft an der Hand sämtlicher Bewerbungen die Auswahl der zum Kursus auf Kosten der Hauptkasse zugelassenen Hörer. Für jeden Kursus übernimmt die Hauptkasse die Kosten für 60 Hörer. Etwa 30 weitere Hörer können auf Kosten der Lokalkassen zugelassen werden.

Die Dauer des Kurses beträgt etwa 2½ Wochen. Die Hörer des Bezirks werden an einem Ort zusammengefaßt und **während dieser Zeit von jeder anderen Arbeit freigestellt.** Im Kursus werden in erster Linie Volkswirtschaft und die damit verbundenen Fragen behandelt, ferner in beschränktem Umfange Arbeiterrecht und Sozialpolitik. Den Kursusteilnehmern wird folgende Unterstützung gewährt:

1. Dem Hörer für die Dauer des Kurses eine Aufenthaltsunterstützung von 35 Mk. pro Tag. (Zwingen die Teuerungsverhältnisse bis zum Zusammentritt des Kurses zu einer Nachprüfung der mit 35 Mk. pro Tag angesetzten Aufenthaltsunterstützung, so wird dies geschehen.)
2. Der Familie des Hörers für die gleiche Zeitdauer eine freiwillige Unterstützung. Letztere beträgt 80 v. H. vom Durchschnitt plus 10 v. H. des im Bezirk geltenden Tariflohns für erwachsene, gelernte Metallarbeiter.
3. Einmaliges Fahrgeld 3. Klasse vom Wohnort zum Ort des Kurses und zurück.

•

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse: I wöchentlich Pfennig	II	III	Beginn der Beitragserhebung
Aalen	100	100	50	5. Beitragswoche
Achern	100	—	—	5. „
Apolda	300	150	50	5. „
Bernstadt	50	—	20	5. „
Beuthen	200	150	50	5. „
Bonn	300	200	50	5. „
Egeln	100	—	—	5. „
Eindh.-Nordenham	300	150	—	5. „
Finsterwalde	100	50	50	5. „
Güterloh	200	100	50	5. „
Hamm i. W.	300	150	50	5. „
Kaiserslautern	200	100	50	5. „
Königshütte	200	150	50	5. „
Mainz	200	100	50	5. „
Mittweida	200	150	50	5. „
Neuß	150	100	—	5. „
Preß	200	50	50	5. „
Tuttlingen	100	100	50	5. „
Verden a. Aller	50	—	—	10. „
Villingen	200	150	50	5. „
Wiesbaden	200	100	50	5. „
Zwickau	300	150	50	5. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Oldenburg i. H.:**

Der Schmied **Friedrich Bartsch,** geb. am ? zu Elbing, Mitgliedsbuch Nr. 4,359384, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Parchim:**

Der Schlosser **Paul Helms,** geb. am 12. Februar 1878 zu Rostock, Mitgliedsbuch Nr. 2,989354, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

•

Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 2,349528, lautend auf den Former **Richard Arlt,** geb. am 8. März 1879 zu Zeisau. (Bremerhaven.)

Mitgliedsbuch Nr. 4,228437, lautend auf den Schlosser **Alfred Koch,** geb. am 12. März 1890 zu Biedersleben. (Eisenach.)

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

von **Feilenarbeitern** nach **Oels** i. Schles. (Moritz Claus) D.;
von **Gold- und Silberarbeitern** nach dem ganzen Gebiet der Schweiz L.;
von **Heizungsmonteuren** nach **Lüdenscheid** L.;
von **Metallarbeitern aller Branchen** nach **Bremen** L.; nach **Eberswalde** (Arbeit-Werke) M.; nach **Erlangen** (Metallwarenfabrik G. m. b. H., vorm. Giegerich) D.; nach **Finnland**; nach **Forst,** N.-Lausitz (P. Fielitz in Gr. Kölzig) D.; nach **Gardelegen** M.; nach **Luxemburg** L.; nach **Oldenburg** i. O. (Wagenbauanstalt A.-G.) M.; nach **Oetlingen** (Teck) (Müschenborn & Cie.) D.; nach **Saarbrücken** L.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Lebensmittelpreise einst und jetzt

Wir haben uns bereits daran gewöhnt, die von verschiedenen amtlichen und privaten Stellen berechneten **Indexziffern** als einigermaßen sicheren Gradmesser der Preisschwankungen am Waren- und Lebensmittelmarkt zu betrachten und an diesen Ziffern das Fortschreiten der Teuerung zu beobachten. Daneben soll man jedoch nicht unterlassen, von Zeit zu Zeit die Verteuerung der einzelnen Waren an der Hand der von amtlichen Stellen ermittelten **Marktpreise** zu studieren. Man wird hierbei allerdings sehr oft das Empfinden haben, daß die Preise der Vorkriegszeit wie ein **Märchen** aus einer längst entschwundenen Zeit der Wirtschaftsgeschichte anmuten. Wenn man zum Beispiel liest, daß der Doppelzentner **Weizenmehl,** der am 9. Januar 1922 in Berlin mit 970 bis 1060 M bezahlt wurde, im November 1921 noch mit 395 M zu haben war und im entsprechenden Monate des Jahres 1913 durchschnittlich etwa 29,45 M kostete, so muß man sich fast wundern, daß Hunger und Elend noch nicht stärker überhand genommen haben. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die breiten Volksschichten vorläufig noch das etwas billigere Umlagegetreide verbrauchen.

Es fragt sich, wie sich die Lebenshaltung der Volksmasse erst stellen wird, wenn die jüngst beschlossene **Einstellung der Staatszuschüsse** für **Kohle** und **Brot** in Kraft tritt. Welche Arbeiterfrau ist heute in der Lage, für ihre schwächlichen Kinder von Zeit zu Zeit ein **Hühnerei** zu kaufen, das gegenwärtig 4,60 bis 4,80 M kostet, während es in den Wintermonaten der Vorkriegszeit für 10 bis 12 ₰ zu haben war? Man empfiehlt dem Arbeiter und Angestellten die **Kleintierzucht** zur Erleichterung der Ernährung seiner Familie. Augenblicklich bezahlt man an den Märkten Berlins ein **Legehuhn** mit 450 bis 475 M, die Anschaffung eines kleinen Hühnervolkes erfordert also mehrere tausend Mark. Welcher Arbeiter und Angestellte ist in der Lage, eine solche Summe aufzubringen und das mit der Hühnerhaltung verbundene Risiko zu tragen?

Außerordentlich lehrreich ist die nachstehende Übersicht der Preise einiger wichtiger Lebensmittel, wie sie amtlich für Preußen im Durchschnitt des Monats November ermittelt wurden:

Preise für 1 Kilogramm in Pfennigen:

	Eßkartoffeln	Eßbutter	Weißbrot	Kaffee	ausländisches Schweineschmalz
Nov. 1913	6	232	52	312	146
„ 1914	9	305	61	322	199
„ 1919	33	1427	110	—	2212
„ 1920	92	3585	288	6440	4275
„ 1921	221	8189	451	7785	7431

Ferner sind seit der Vorkriegszeit die Preise für ein Kilogramm Erbsen von 39,9 auf 974,7 ₰, für Reis von 48,6 auf 1350,9 ₰ und für einen Liter Vollmilch von 21 auf 444,5 ₰ (auf Marken) gestiegen.

•

Der Preis des Goldes

Amerikanische und englische Blätter enthalten jetzt oft die Nachricht, daß der Preis des Goldes sinke. Was bedeutet das? Das Gold ist zwar auch eine Ware, aber es steht unter ganz besonderen Gesetzen, da es ja in den meisten Ländern bis zum Kriege und heute in den meisten ehemals neutralen Staaten und außerdem in Nordamerika **Währungsmetall** ist. Ein Kilogramm Gold ist daher zum Beispiel immer und unter allen Umständen etwa 670 Dollar, da ein Dollar 1,55 Feingold ist und aus dieser Menge immer wieder hergestellt werden kann. Daher ist Goldproduktion die sicherste von der Welt: solange es Goldwährungsländer gibt, gibt es nicht das Problem des Absatzes. Das Gold ist dann unmittelbar **Geld,** also Kaufkraft, und die Frage, ob Gold billig ist oder teuer, bedeutet nur, ob man viel oder wenig damit kaufen kann. Das aber hängt wieder von der ganzen **Preisbewegung** ab, in welcher die Goldproduktion nur ein Element darstellt. Ein „Preis" des Goldes im Sinne von Warenpreisen existiert also nicht, außer in denjenigen Ländern, welche Gold nicht als Währungsmetall haben. In Ländern der Silber- oder der Papierwährung hat Gold allerdings einen Preis, er ist durch den Kurs der Goldmünzen gegeben. Auch in diesen Ländern hängt also der Preis nicht von Angebot und Nachfrage ab, sondern von der **Entwicklung der Wechselkurse,** die ihren eignen Gesetzen gehorchen. Gold ist also eine Ware „ganz besonderer" Art und in dem Werte „Goldmark" stecken gar manche Geheimnisse ....

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur **an den bei jedem Werke angegebenen Verlag** oder an eine Buchhandlung.)

Allgemeiner Schlosser-Kalender 1922. Merk- und Nachschlagebuch für Schlosser, Metallarbeiter, Maschinenbauer, Schmiede, Installateure, Monteure, Werkführer usw. 27. Jahrgang. 288 Seiten mit zirka 200 Abbildungen von Otto Lippmann. Geb. 15 M (und Porto). — **Allgemeiner elektrotechnischer Kalender 1922.** Ein praktisches Notiz- und Nachschlagebuch für Stark- und Schwachstrommonteure und Installateure, Elektrotechniker und Ingenieure. 3. Jahrgang. 239 Seiten mit über 100 Abbildungen von A. Hoffmann. Geb. nur 15 M (und Porto). **Verlag von Gustav Wolf, Dresden A. 1,** Pestalozzistr. 11. Trotz des reichen unentbehrlichen Inhalts sind die trefflichen Fachkalender recht preiswert. Ein jeder Fachmann sollte sie besitzen.

Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch 1922. Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien. **Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart,** Pfizerstr. 5. 256 Seiten Taschenformat, geb. 15 M. — Dieses handliche inhaltsreiche Taschenbuch ersetzt wirklich eine ganze Bibliothek, nur mit dem Unterschied, daß es hundertmal billiger ist. Es ist ein vielseitiger Führer durch die Fülle der wirtschaftlichen und rechtlichen Einzelfragen, die sich den Arbeitnehmer im Tageskampfe, beim Zeitungslesen, in Versammlungen, bei Beratung von Kollegen entgegentürmen. Dank seines handlichen Formats kann man es immer in der Tasche bei sich tragen und hat so einen immer gegenwärtigen Berater.

Jeder Arbeiter sein eigener Kalkulator. Von **Heinrich Salzmann,** Berlin. Der Verfasser schreibt im Vorwort: Durch meine praktische langjährige Erfahrung als Arbeiterausschußmitglied sowie später als Betriebsrats- und Preisprüfungskommissionsmitglied in den einzelnen Betrieben hatte ich Gelegenheit, zu beobachten, wie durch die mangelhafte Schulbildung viel Streitigkeiten, Ärger, Entlassungen wegen Unkenntnis der Selbstberechnung der Akkordpreise in den Betrieben vorkamen. Um diesem Übel abzuhelfen, sind diese Tabellen nach den Vereinbarungen über Akkordpreisfestsetzung zusammengestellt worden. Bei Benutzung dieser Tabellen ist ein einheitlicher Standpunkt der gesamten Belegschaft eines Betriebes gegeben. Die Schrift ist im Selbstverlag: **Heinrich Salzmann, Berlin-Treptow, Lohmühlenstr. 37,** erschienen und kostet 10 M, für Organisationen 6,50 M.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachung.

Rybnik OS. Der Elektriker **Alfred Kelle,** Mitgliedsbuch Nr. 3,415164, geb. am 15. März 1894 in Küstrin, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber der Verwaltungstelle Rybnik sofort nachzukommen. Alle Verwaltungstellen werden ersucht, falls Kelle irgendwo sich anmelden sollte, uns seine Adresse sofort mitzuteilen. Zuschriften an die **Verwaltungstelle Rybnik,** Gleiwitzer Str. 7.

Angestellte gesucht.

Essen. Die Stelle des **Jugendsekretärs** in unserer Verwaltung ist neu zu besetzen. Bewerber müssen eine fünfjährige Beitragsleistung einer freien Gewerkschaft nachweisen und mit der Ausbildung der Lehrlinge im Metallgewerbe vertraut sein. Kollegen, die gute Kenntnis der Jugendbewegung besitzen und die nötige Eignung für Jugendarbeit haben, ersuchen wir, umgehend ihre Bewerbung an die hiesige **Ortsverwaltung,** Rheinischestr. 1, 1, einzureichen.

Meißen i. S. **Geschäftsführer,** erste Kraft, für Agitation und Außendienst, muß die Verwaltungsarbeiten sowie das Tarif- und Schlichtungswesen kennen. Bewerber müssen 10 Jahre unserm Verbande angehören ausschließlich der Kriegs- und Militärjahre. Gehalt nach den Beschlüssen der Jenaer Generalversammlung. Gerechnet wird nur auf eine tüchtige Kraft und sind Bewerbungen mit Angaben des Alters, Berufs, Gesundheitszustandes und der Familienverhältnisse sowie die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sofort mit der Aufschrift „Bewerbung" an **Robert Bellmann, Meißen,** Martinstraße 6, einzusenden.

Opladen. **Geschäftsführer** für Agitation und Verwaltung gesucht. Es wird nur auf erste Kraft reflektiert. Bewerber müssen eine mindestens 5jährige Beitragsleistung im Verbande nachweisen und mit allen Verbandsarbeiten vertraut sein. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Angaben über bisherige Tätigkeit, Alter und Familienverhältnisse sind bis zum 1. März d. J. mit der Aufschrift „Bewerbung" an die hiesige **Ortsverwaltung,** Düsseldorferstr. 20, zu richten.

Sonstige Anzeigen

(Zuschriften betr. die Arbeitergesuche sind niemals an die Redaktion, sondern an die inserierende Firma selbst. Inserataufträge aber stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Feilenhauer. 1 tüchtiger **Handhauer** auf Mittelsorte und große sucht sofort.
J. Unterpaintner's Ww., Feilenhauerei, Landsberg a. L.

Feilenhauer, Handhauer, größtenteils für Schlicht, sofort gesucht.
Gustav Hasenclever, Feilenhauerei, Bochum i. W., Ehrenfeldstr. 29.

Feilenschleifer, tüchtiger, erfahrener, sowie **Maschinenhauer** für Frowein Nr. 8, finden **sofort** Dauerbeschäftigung bei hohem Verdienst. Nur durchaus eingearbeitete Kräfte wollen sich melden.
Dortmunder Feilenfabrik Meinecke, G. m. b. H., Dortmund, Münsterstr. 255/57.

Feilenschleifer, tüchtige, stellt sofort ein.
Ammendorfer Maschinen- und Feilenfabrik, G. m. b. H., Ammendorf bei Halle.

Tüchtige Feuerschmiede und Bauschlosser stellen ein.
Hamelner Anker- und Gesenkschmiede, Hameln (Hann.).

Mehrere tüchtige Former
für Hand- und Maschinenformerei, besonders auch für Naßguß für mittlere und kleinere Teile für sofort gesucht.
„Mag", Maschinenfabrik, A.-G., Geislingen-Steige (Württberg).

2 Graveure auf Siegelmarken und Stempel eingearbeitet, für dauernd gesucht.
Hermann Frank, Graveranstalt, Stuttgart, Böheimstr. 67.

Karosserie-Schweißer und Schmiede stellt ein.
„Hubertia", Küps i. Bayern.

Maschinenhauer, 2 perfekte auf Frowein 8 und kleine Zensesmaschine für dauernd gesucht. Gleichzeitig stelle perfekten **Feilenhärter, gel. Handhauer,** ein. Otto Bauer, Döbeln i. S.

Metalldrücker, mehrere tüchtige, ledige Bewerber bevorzugt, **für beste Messing-Artikel** von größerer Metallwarenfabrik Süddeutschlands bei gutbezahlter Akkordarbeit gesucht. Desgleichen findet ein **Musterstecher** (Drücker) Stellung, welcher in der Lage ist, nach Zeichnung zu arbeiten.
Süddeutsche Metallwaren-Fabrik, Kommanditgesellschaft, Mußbach (Rheinpfalz).

Metalldrücker, mehrere, für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Metallwarenfabrik Otto Scharlach, Nürnberg.

Modellschreiner, tüchtiger, für dauernde Beschäftigung gesucht von
Pitzmann & Pfeiffer, Eisengießerei u. Maschinenfabr., Pforzheim.

Mehrere ältere, tüchtige **Modell-Schreiner,** welche an selbständiges und pünktliches Arbeiten gewöhnt sind, per sofort für dauernd gesucht. Beste Bezahlung wird zugesichert.
Willi Gottwik, Modell-Fabrik, Stuttgart, Senefelderstraße 63.

Wir suchen **Schreibmaschinen-Monteure und Instanzen** in dauernde gut bezahlte Stellung. Angebote mit Zeugnis-Abschriften an
„Bavaria"-Schreibmaschinen-Fabrik, Gebrüder Siegel, Altötting (Oberb.).

Werkzeug-Maschinenschlosser, einige tüchtige, für Maschinenreparaturen gesucht, desgleichen mehrere erfahrene **Schlosser für die Betriebs-Reparatur-Werkstätte.** Angebote an Deutsche Werke, Aktiengesellschaft, Lippstadt.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.